



UN-Behindertenrechtskonvention

Ein scharfes Schwert oder ein stumpfes Messerchen?

31.05.2018

Wofür steht "UN"?

- Die Vereinten Nationen, englisch "United Nations" (UN), sind ein Zusammenschluss von 193 Staaten.
- Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind gemäß ihrer Charta
 - die Sicherung des Weltfriedens,
 - die Einhaltung des Völkerrechts,
 - der Schutz der Menschenrechte und
 - die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.
- Der "UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen" hat seinen Sitz in Genf (Schweiz).



Was ist die UN-BRK?

- Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein Vertrag zwischen 175 Staaten.
- Der offizielle Name:
"Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen"
- Geschichte
 - 2006 geschrieben,
 - 2008 in Kraft gesetzt,
 - Luxemburg 2007 unterschrieben,
 - Luxemburg 2011 ratifiziert.

Was steht in der UN-BRK?

- Die Konvention besteht neben der Präambel aus 50 Artikeln.
 - 1-4 Zweck, Begriffsbestimmungen, Grundsätze und allgemeine Verpflichtungen
 - 5 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung
 - 6 Frauen mit Behinderungen
 - 7 Kinder mit Behinderungen
 - 8 Bewusstseinsbildung
 - 9 Zugänglichkeit
 - 10 Recht auf Leben

Artikel der UN-BRK

- 11 Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen
- 12 Gleiche Anerkennung vor dem Recht
- 13 Zugang zur Justiz
- 14 Freiheit und Sicherheit der Person
- 15 Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
- 16 Schutz vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch
- 17 Schutz der Unversehrtheit der Person
- 18 Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit
- 19 Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft
- 20 Persönliche Mobilität

Artikel der UN-BRK

- 21 Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen
- 22 Achtung der Privatsphäre
- 23 Achtung der Wohnung und der Familie
- 24 Bildung
- 25 Gesundheit
- 26 Habilitation und Rehabilitation
- 27 Arbeit und Beschäftigung
- 28 Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz
- 29 Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben
- 30 Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport

Artikel der UN-BRK

- 31-50 Verfahrensfragen, z.B.
 - Statistik und Datensammlung
 - Innerstaatliche Durchführung und Überwachung
 - Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
 - Berichte der Vertragsstaaten
 - Prüfung der Berichte
 - Bericht des Ausschusses

Relativität

- Die Forderungen der Konvention sind relativ zu interpretieren.
 - Die Formulierungen sind abstrakt gehalten.
 - Damit können die Regeln weltweit angewandt werden.
 - Ein Vergleich findet nur zwischen den Nationen statt, die vom Niveau her vergleichbar sind.

Anwendbarkeit

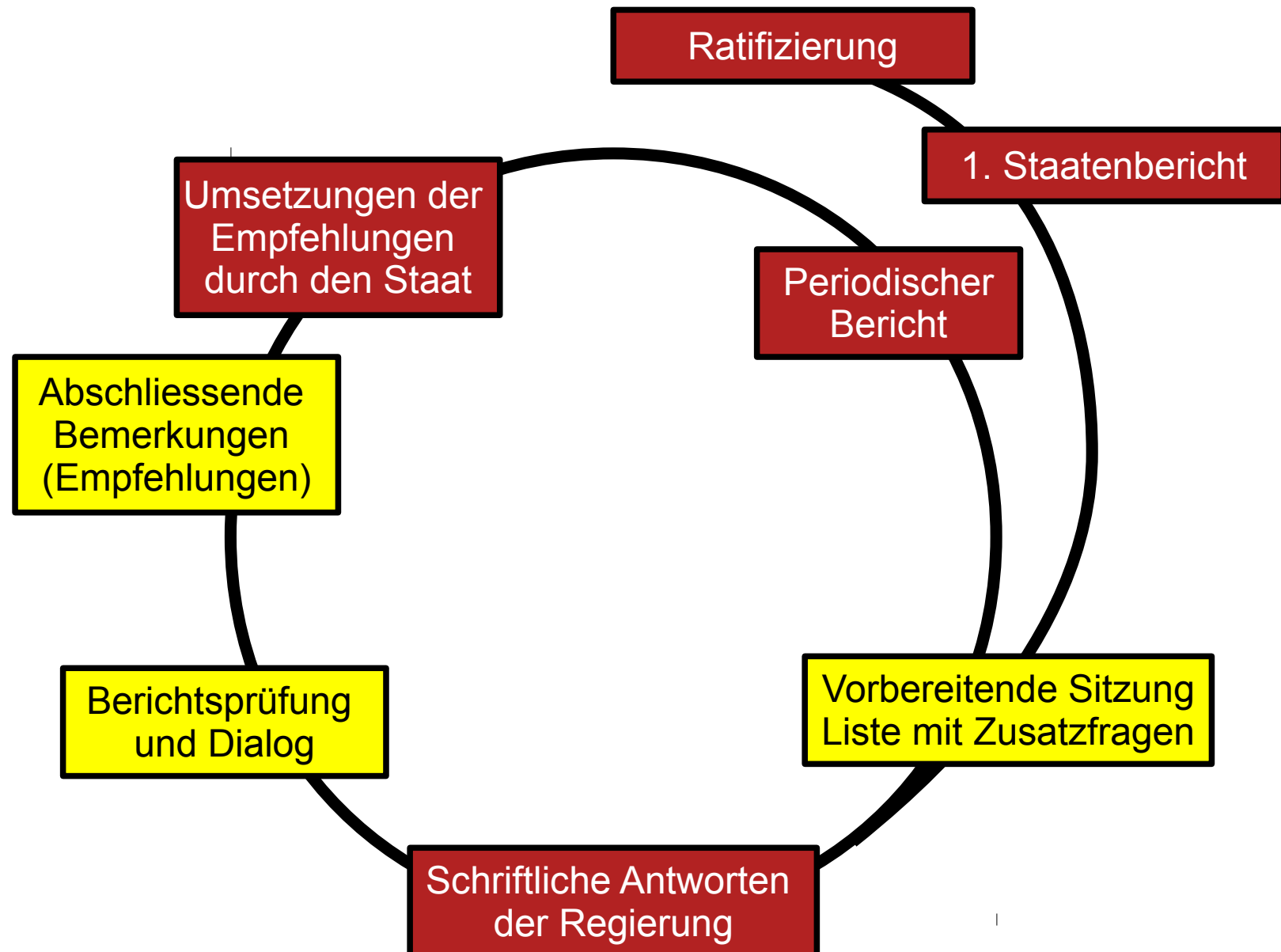
- Die UN-BRK ist ein Vertrag zwischen Staaten.
- Als Konsequenz kann eine Privatperson Forderungen gegenüber dem Staat nicht vor einem lokalen Gericht einklagen.
- Die unterzeichnenden Staaten haben jedoch die Verpflichtung die Forderungen der UN-BRK in lokales Recht umzusetzen.

... jedoch: lokale Gerichte müssen internationales Recht berücksichtigen.

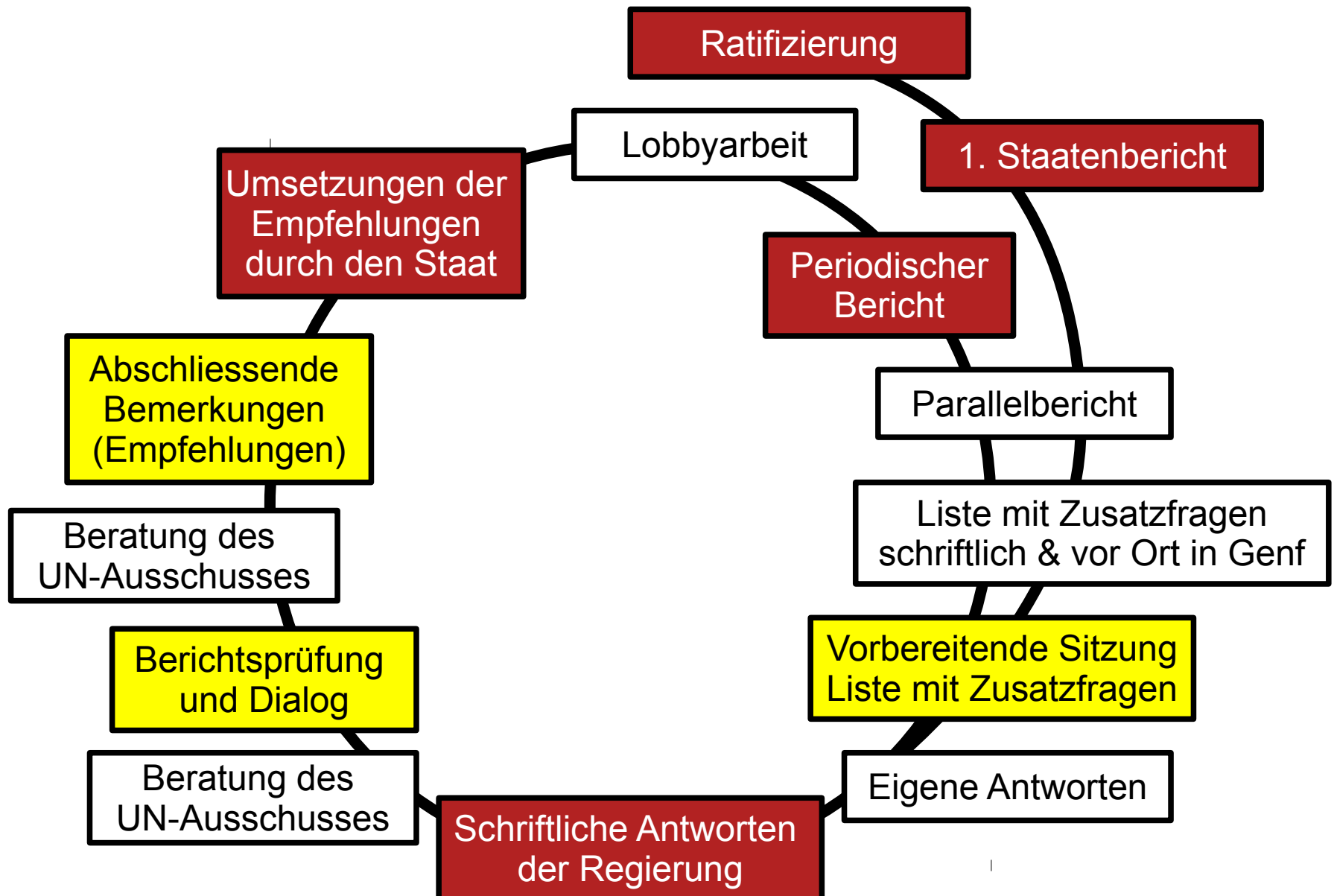
Wie wird die Konvention kontrolliert?

- 2 Jahre nach der Ratifizierung erstellt der Staat einen ersten Staatenbericht.
- Der Bericht wird vom "UN Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen" analysiert und kommentiert.
- Im Folgenden muss der Staat alle 4 Jahre einen weiteren Bericht abliefern.
- Der Staatenbericht soll zu allen Artikeln der Konvention Stellung nehmen und über den Stand der umgesetzten Massnahmen informieren.

Die Berichterstattung



Der Parallelbericht



Der Parallelbericht

- auch genannt "Schattenbericht" oder "Alternativer Staatenbericht"
- Organisationen der Zivilgesellschaft können **einen** Bericht schreiben über die Umsetzung der UN-BRK.
- Der Parallelbericht erlaubt es dem UN Ausschuss
 - einen Eindruck davon zu bekommen wie die Konvention in der Praxis umgesetzt wird,
 - die Umsetzung aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen vor Ort zu sehen.

Wer spricht für die "Zivilgesellschaft"?

- Der Parallelbericht sollte also von einer Organisation geschrieben werden die:
 - repräsentativ die Situation im gesamten Land beschreiben kann,
 - die betroffenen Personen über alle Typen von Behinderungen hinweg vertritt,
 - autorisiert ist für möglichst viele Einzelorganisationen reden zu dürfen, und
 - komplett unabhängig vom Staat funktioniert.
- Grosse Länder haben Interessenverbände mit tausenden von Mitgliedern und bezahltem Personal.
- In Luxemburg hat sich zu diesem Zweck der Verein "Nëmme mat Eis!" gegründet.

Der Zeitrahmen

- 2013
 - Erste Arbeitsgruppen sammeln Daten
- 2014
 - 1. Staatenbericht von Luxemburg
- 2015
 - Prozess verzögert sich auf Grund von mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen.
- 2016
 - Re-Aktivierung, Unterstützung durch 2 Jura-Studentinnen, die für 6 Monate finanziell unterstützt wurden.
 - Unter der Leitung von "Nämme mat Eis!" wird der Parallelbericht im Dezember 2016 fertig gestellt.

Daten von vielen Vereinen

- Der Bericht enthält Daten von vielen Nichtregierungsorganisation (NGO)

- AAPE (Association d'Aide aux Personnes Epileptiques)
- ALA (Association Luxemburg Alzheimer)
- ALAN (Maladies Rares Luxembourg)
- ALPEED (Association luxembourgeoise des parents d'élèves de l'éducation différenciée)
- APPAAL (Association des Parents de Personnes Atteintes d'Autisme de Luxembourg)
- AVR (Association nationale des Victimes de la Route)
- Blätz
- Chiens Guides d'Aveugles au Luxembourg
- DAAFLUX
- Fondation Lëtzebuerger Blannevereengung
- LACI (Lëtzebuerger Asociatioun vun de Cochlear Implantéierte)
- Luxrollers
- MSL (Multiple Sclérose Luxembourg)
- Nëmme mat Eis!
- Parkinson Luxembourg
- RAHNA
- Schrëtt fir Schrëtt
- Solidarität mit Hörgeschädigten
- Trisomie21
- Wäertvollt Liewen
- ZAK! (Zesummen aktiv)
- ZEFI (Zesummen fir Inklusioun)

Der Parallelbericht von Luxemburg

- Der Parallelbericht wurde in drei Phasen entwickelt.
 - Befragung der Vereine von oder für Menschen mit Behinderung, Interviews mit einzelnen betroffenen Personen
 - Schreiben des Parallelberichts. Artikel 1-33 der UN-BRK wurden analysiert, um sie mit der Situation in Luxemburg zu vergleichen.
 - In der dritten Phase wurde der Entwurf des Parallelberichts an die beteiligten Vereine und Personen geschickt, mit der Bitte um Kommentare.

1. Termin in Genf

- 14.03.2017



Was geschah beim 1. Termin?

- Einführung in die Prozedur durch Vertreter des Europäischen Behindertenforums.
- Erster Kontakt mit der für Luxemburg zuständigen Person im UN Ausschuss in kleinem Rahmen.
- Vorstellung des Parallelberichts vor dem UN Ausschuss
 - Die Präsentation der 10 wichtigsten Punkte (15 Min)
 - Fragen und Antworten (2 Stunden)
- Nicht öffentlich



Top 10 des Parallelberichts

- Keine aussagekräftigen Statistiken
- Mindestquoten bei Arbeitnehmern mit Behinderungen werden nicht erfüllt. Verstösse dagegen werden nicht geahndet.
- Keine ausreichende Anzahl an barrierefreien Wohnstrukturen
- Keine persönliche Assistenz
- Barrierefreies Bauen nur für öffentliche Gebäude vorgeschrieben
- Barrierefreies Internet wird nicht kontrolliert
- Kommunikation (französische Sprache, einfache Sprache, DGS, Alarm Systeme)
- Keine echte Partizipation
- Keine Überwachung der Umsetzung der UN-BRK (Aktionsplan)
- Kein bereichsübergreifender Behindertenbeauftragter

Der UN Ausschuss



Der Fragenkatalog

- April 2017
 - Die Regierung erhält vom UN Ausschuss eine "Liste von Fragen in Bezug auf den ersten Bericht von Luxemburg"
- Juni 2017
 - Die Luxemburger Regierung beantwortet die Fragen.
- Juli 2017
 - Die Vertreter der Zivilgesellschaft nehmen Stellung zu diesen Antworten.
- 21.-23. August 2017
 - Bewertung des Staatenberichts in Anwesenheit von Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft

2. Termin in Genf

- 21.-23. August 2017



2. Termin in Genf

- 1. Tag: Vertreter der Zivilgesellschaft (nicht öffentlich)
 - Treffen mit Vertreter des UN Menschenrechtskomitee in kleinem Rahmen
 - Finale Anhörung zum Parallelbericht
 - Fragen und Antworten



2. Termin in Genf

- 2. und 3. Tag: Vertreter der Regierung (öffentlich)
 - Anhörung zum Staatenbericht
 - Fragen und Antworten
 - Live und als Aufzeichnung verfügbar auf dem Internet (6 Stunden Video)



Der Abschluss

- 29.08.2017
 - Abschließende Feststellungen zum Erstbericht von Luxemburg
 - Der UN Ausschuss bestätigt die von der Zivilgesellschaft im Parallelbericht gemachten Feststellungen in allen Punkten.
 - Der UN Ausschuss gibt für alle Artikel Empfehlungen wie die in der UN-BRK geforderten Massnahmen umzusetzen sind.
 - Der nächste Staatenbericht soll am 26. Oktober 2021 vorgelegt werden ... jedoch ...

Folgemaßnahmen

- Der Luxemburgische Staat wird aufgefordert innerhalb der folgenden 12 Monate den Ausschuss über die Massnahmen zur Umsetzung der folgenden 2 Punkte zu unterrichten.
- Partizipation:
 - ... einen systematischen Mechanismus einführt, um Menschen mit Behinderungen über ihre repräsentativen Organisationen bei der Ausarbeitung aller Gesetze, Politiken und Programme wirksam und sinnvoll zu konsultieren und dass er sicherstellt, dass ein breites Spektrum von Menschen mit Behinderungen ... **an öffentlichen Entscheidungsprozessen sinnvoll in einer inklusiven und zugänglichen Art und Weise an öffentlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen**, die sie betreffen.

Partizipation

- Das UN Komitee fordert eine weit reichende Partizipation der Menschen mit Behinderung.
- Es hat klar gestellt, dass sich Partizipation nicht auf ein paar Expertengruppen begrenzen lässt und schon gar nicht wenn die Experten Angestellte des Staates sind.
- Altes Modell:
 - "Komm in unser Büro, wir reden darüber ..."
 - Es reicht nicht die Argumente der betroffenen Personen "zur Kenntnis" zu nehmen.
 - "Wir haben eine Expertengruppe, die sich damit befasst."

Partizipation

- Partizipation bedeutet echten Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu haben.
- Zulassen einer breit aufgelegten Diskussion.
 - Die Argumente der behinderten Menschen müssen bei den Entscheidungen ausreichend und ernsthaft geprüft und berücksichtigt werden.
 - Die Argumente, die zur Entscheidung geführt haben, müssen transparent kommuniziert werden.

Folgemaßnahmen

- Regelung einer Vormundschaft
 - die Aufhebung und/oder Änderung aller diskriminierenden Rechtsvorschriften ... im Hinblick auf die Abschaffung von Ersatzbeschlussfassungsverfahren;
 - die Wiederherstellung der vollen Rechtsfähigkeit aller Menschen mit Behinderungen und Überprüfung ihres Vormundschaftssystems;
 - die Einführung von unterstützten Entscheidungsmechanismen, die die Autonomie, den Willen und die Präferenzen von Menschen mit Behinderungen respektieren ...;
 - die Einführung von professionellen Qualitätsstandards für unterstützte Entscheidungsmechanismen;

Folgemaßnahmen

- Was sind "geeignete" Massnahmen zur Umsetzung?
 - Was ist keine geeignete Massnahme?
 - Das Gründen einer Arbeitsgruppe
 - Das Schreiben einer Studie
 - Das Drucken von Werbematerial
 - Pressekonferenzen
 - Eine geeignete Massnahme muss aktuell spürbare Verbesserungen für die betroffenen Personen zur Folge haben.

Das Resultat des Parallelberichts

- Mit den "Abschliessenden Bemerkungen" hat der Luxemburger Staat in diplomatisch höflicher Form ein paar gewaltige Ohrfeigen für seine bisherige Arbeit bekommen.
- Darin werden dem Staat mangelnde Kenntnisse der UN-BRK genauso vorgeworfen wie massive Verstösse gegen die Menschenrechte.
- Damit erhöht das UN Komitee den Druck auf den Luxemburger Staat massiv.
- Damit wird dem Luxemburger Staat jede Grundlage entzogen die Anliegen der verschiedenen Behindertenorganisationen als "Einzelkritik" abzutun.

Praktische Probleme bei der Umsetzung

- Keine ausreichenden Ressourcen, um Informationen allen zugänglich zu machen.
 - Übersetzung in alle notwendigen Sprachen
FR DE EN PT..., Gebärdensprache, Leichte Sprache
- Für Betroffene zu viel Information in zu komplexer Form
 - UN-BRK, Sustainable Development Goals, European Disability Act, nationaler Aktionsplan, nationale Gesetze, internationale Standards, Industriestandards, ...
 - Betroffene sind (im Normalfall) keine Rechtsanwälte oder Ingenieure.
- Keine Zeit
 - Sichten von Informationen, Verstehen, Bewerten, Übersetzen, Synchronisieren mit Partnern, Finden einer gemeinsamen Stellungnahme, schriftliche und fachlich korrekte Niederlegung der Entscheidung

Die aktuelle Situation

- Aus der Sicht der Betroffenen
 - Viele Vereinigungen mit unterschiedlichen Prioritäten und Bedürfnissen
 - Unterschiedliche Meinungen
 - Unterschiedliche sich überschneidende Themen
 - Unterschiedliche Ressourcen (finanziell, personell, materiell)
 - Allgemeine Passivität
 - Wer ist autorisiert für die "Zivilgesellschaft" zu sprechen?
- Wie kann man daraus eine gemeinsame Position machen, die jedem gefällt?

Die aktuelle Situation

- Aus der Sicht der Regierung
 - Viele Ministerien, Behörden und Gemeinden mit unterschiedlichen sich überschneidenden Verantwortungen und Regelwerken
 - Viele Partner, viele Experten
 - Komplexe Koordinierung auf unterschiedlichen Ebenen
 - Wer ist der Ansprechpartner für die "Zivilgesellschaft"?
 - Aussitzen von Entscheidungen und Massnahmen bis zur nächsten Wahl
- Wie kann man daraus einen Aktionsplan machen, der jedem gefällt?

Konsequenz

- Wenn die Vereine sich selbst nicht einig werden, dann wird es für die Regierung ein leichtes Spiel sich jemanden auszusuchen, der ihnen passt.
- Hier ist ein entsprechendes Mass an Selbstkritik bei den Vereinen und Organisationen gefragt.
- Die Vereine müssen lernen im Team zu denken.
- Eine gemeinsame Vertretung braucht auch Ressourcen.

Die Presse

- Die meisten Presseorgane verweigern eine Berichterstattung zur UN-BRK
 - Komplexes Thema
 - Kritik am Luxemburger Staat ist unpopulär
 - Berichterstattung zum "Wohlfühlen"
 - Hunde sind sympathisch, Kinder sind niedlich ... also sind Assistenzhunde und Kinder mit Behinderungen pressetauglich.
 - Schecküberreichungen beruhigen das Gewissen das Richtige zu tun ... sind also pressetauglich.
 - Eine erwachsene behinderte Person mit offensichtlichen Einschränkungen wirkt auf den ersten Blick nicht niedlich ... ist also nicht pressetauglich.

Sustainable Development Goals



- 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.
 - Die Rechte der Menschen mit Behinderungen sind hier nur ein Teilaspekt.

European Disability Strategy



- Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (2010-2020)
 - 8 gemeinsame Aktionsbereiche:
 - Zugänglichkeit, Teilhabe, Gleichstellung, Beschäftigung, Allgemeine und berufliche Bildung, Sozialer Schutz, Gesundheit, Maßnahmen im Außenbereich
 - Ziele:
 - Bewusstseinsbildung, Finanzierungsmöglichkeiten, statistischen Daten, Umsetzung der UN-BRK

Der Luxemburger Aktionsplan

- Der Aktionsplan wurde 2011 als ein 5 Jahresplan angekündigt.
- Es gab keinen gesetzlichen Rahmen, keine Zuständigkeiten, keine messbare Zeitplanung, keine Erfolgsmessung.
- Folgt nicht der Struktur der UN-BRK
 - "Rosinenpickerei"
 - orientiert sich an den Luxemburgischen Strukturen
 - dadurch schwer nachvollziehbar
 - einige Artikel der UN-BRK wurden komplett weggelassen
 - Widersprüche zur UN-BRK
- Das Resultat: Nach mehr als 5 Jahren gibt es vollmundige Versprechen und eine Menge guter Absichten.

Ein neuer Aktionsplan

- Es soll eine Neu-Auflage des gescheiterten Aktionsplans kommen.
- Unsere Empfehlungen
 - Die Struktur sollte sich an der UN-BRK orientieren.
 - Jede geplante Aktion sollte mit einer Priorität, einem Zeitrahmen, einer Zuständigkeit und einem Budget versehen werden.
 - Öffentliche Kommunikation schon während der Entstehung
 - Partizipation
 - Selbstkritisch, keine Werbebroschüre

Stadt Luxemburg



- Gemeinden sollen und können eigene Aktionspläne erstellen, die das Leben der Betroffenen spürbar verbessern können.
 - Die Stadt Luxemburg ist derzeit dabei so einen Aktionsplan zu erarbeiten.
 - Dies geschieht in Kooperation mit dem partizipativen Ausschuss.
 - Die Sitzungen des partizipativen Ausschuss sind öffentlich.
 - In den Arbeitsgruppen kann jeder mitarbeiten, auch wenn er nicht in der Gemeinde Luxemburg wohnt.
 - Sensibilisierung, Zugänglichkeit, Kommunikation
 - Wir suchen noch Mitarbeiter!

Wie geht es weiter?

- Ohne EUCH ... gar nicht!
- Wir erwarten keine Wunder ...
 - aber konkrete Fortschritte, die das Leben der Betroffenen spürbar verbessern.